

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT

Nr.: 12/04

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Aus für MALZ-Beratung ?

**Arbeitslosenberatung im MALZ
wird von großer Koalition aus SPD
und CDU aufgegeben!**

**Keine externe Kontrolle bei
Leistungskürzungen mehr
möglich!**

Ab 1. Januar 2005 werden Arbeitslose, nach nur einem Jahr Arbeitslosigkeit und trotz z.T. jahrelanger Beitragszahlungen, dank HARTZ IV, als Sozialhilfefälle behandelt und müssen mit maximal 345 EURO (ohne Miete) im Monat auskommen. Sind sie weiter arbeitsfähig droht ihnen zusätzlich Zwangsarbeit in Form der sog. 1-Euro-Jobs.

In Mülheim setzen Verwaltung und Große Koalition aus SPD / CDU noch einiges drauf:

- Das MALZ, seit bald 20 Jahren Beratungs-, Hilfe- und Anlaufstelle für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger soll nach Willen von Verwaltung, SPD und CDU/FDP keine städtischen Mittel mehr für seine Beraterstellen (über 5000 Beratungen in 2004) erhalten und muss diese in der bisherigen Form einstellen.

- Ab 1. Januar 2005 werden alle Arbeitslosen, die Arbeitslosengeld II (maximal 345,- Euro/Monat) + Wohngeld beziehen, von der Stadt Mülheim durch die eigens dafür gegründete "Sozialagentur" im sog. **Optionsmodell** betreut. Werden dort Leistungen gekürzt, falsch berechnet, nicht anerkannt oder aus irgendwelchen Gründen verweigert, gibt es lediglich ein hausinternes "**Beschwerdemanagement**" und das wars dann.

Der Antrag der MBI-Fraktion, einen Beirat zu gründen, der auch Beschwerdefällen nachgeht, wird von Verwaltung abgelehnt, SPD und CDU halten das für "nicht nötig" und stimmten dagegen.

-600 bis 800 ALG II - Bezieher sollen ab 2005 für sog. "**1-Euro-Jobs**" zwangsverpflichtet werden. Eine Mög-

lichkeit für den Arbeitslosen, solche Arbeiten abzulehnen, gibt es nicht. Einige Jobs mögen auch dabei sein, die evtl. für die Zwangsverpflichteten Sinn machen, davon sind aber bei den Mülheimer Sozialträgern nur knapp 100 auszumachen.

Massenhafte "Billigjobs" werden von der PIA und wahrscheinlich von der ins Gerde gekommenen städtischen "Job-Service-GmbH" eingerichtet. Trotz der offiziellen Versicherung, mit "Billigjobs" keine regulären Arbeitsplätze zu gefährden, bewirbt die Job-Service-GmbH bereits jetzt Mülheimer Hausbesitzer mit Angeboten für Gartenarbeit, Baumfällungen und anderes.

Pikantes am Rande: Bei der Job-Service GmbH "untergekommen" ist Mitte 2004 auch SPD-Frau Sabine Reif, (davor umstrittene Geschäftsführerin des MALZ).

Insidern zur Folge soll die Sozialverwaltung unter Dezernent Clevén die Stelle für Frau Reif im "Tausch" gegen die MALZ-Beratung geschaffen haben! Putschartig festgeklopft wurde der "**Reif-Handel**" während der Urlaubszeit, als drei Vorstandsmitglieder des MALZ satzungswidrig und ohne jede Legitimation die Aufgabe der professionellen MALZ-Beratung ab 2005 "beschlossen". Die Verwaltung und auch die SPD/CDU-Koalition wollen seit diesem Zeitpunkt die MALZ-Beratungsstellen für 2005 nicht mehr finanzieren, obwohl dadurch auch ein zugesagter Landeszuschuss von fast 50000 EURO verschenkt würde.



Die MBI empfehlen allen Gaskunden zu überprüfen, inwieweit sie Einspruch gegen Gaspreiserhöhungen einlegen können. Widerspruch gegen Gaspreiserhöhung, als Musterbrief von der Verbraucherzentrale Hamburg e.V. Stand: 18. November 2004, als pdf-Datei (15 KB) über http://www.mbi-mh.de/widerspruch_gaspreiserhoehung.pdf

Bereits 50.000 Menschen haben Einsprüche eingelegt und die Chancen stehen nicht schlecht.

Es grenzt schon an moderne Wegelagererei, wie sich Konzerne wie RWE und Eon, kommunale Stadtwerke und Beteiligungsgesellschaften mit dem scheinbaren Automatismus der Gaspreisbindung an den Ölpreis nahezu hemmungslos beim Verbraucher bedienen. Ein anschauliches Beispiel liefert die Stadt Mülheim a.d. Ruhr:

Gaspreise: Schamlose Abzockerei durch Politik und Konzerne!?

Der Mülheimer Gasversorger MEDL (Mülheimer Energie-Dienstleister) gehört zu 51% der Stadt, zu 49% der RWE-Tochter Rhenag. Die MEDL wirft Jahr für Jahr sehr hohe Überschüsse ab, welche für die meisten Privatfirmen schwindelerregend wären, halt ganz so, als sei das Gasgeschäft eine Lizenz zum Gelddrucken. Das freut die Kommunalpolitiker doppelt: Neben zig Millionen Euro für den heruntergewirtschafteten, bankrotten Haushalt übernimmt die MEDL über Sponsoring u.a. im Sportbereich Aufgaben, die Kommune und Land nicht mehr können, natürlich aber nur, wenn dies den Kleinfürsten der großen Parteien genehm ist. Die MEDL erhöhte zum 1. November die Gaspreise um ca. 10%, liegt damit weiterhin im oberen Mittelfeld der NRW-Gasversorger. Begründet wurde das mit den Ölpreiserhöhungen von vor 6 Monaten (sog. backlog). Da aber die wirkliche Ölpreisexplosion und im Gefolge Preiserhöhungen der Gaslieferanten wie Eon-Tochter Ruhrgas oder die russische Gasprom erst danach stattfand, könnte die MEDL mit dem gleichen Argument die Gaspreise im Frühjahr oder Frühsommer erneut drastisch erhöhen, ohne direkte Rechtfertigungsprobleme zu bekommen, ohne dass irgendeine Regulierungsstelle etwas tun könnte!

Um aber gerade angesichts von Hartz IV ab Jan. und breitgestreuten Lohnkürzungen vieler Menschen seit Monaten für eine Gaspreisstabilität zu sorgen, stellten die MBI den Antrag an den Hauptausschuss am 25.11.04, den Finanzausschuss am 29.11.04 und den Rat der Stadt Mülheim am 2.12.04, der MEDL als dem lokalen Gasversorger zu empfehlen, in 2005 anstehende nächste Gaspreiserhöhung auch aus sozialen Gründen heraus nicht durchzuführen, vgl.

<http://www.mbi-mh.de/Gremienarbeit/Ausschusse/Hauptauschuss/Medl-Kooperationsvertrag/medl-kooperationsvertrag.html#Gaspreise>
Die Stadt als Mehrheitsgesellschafter kann das sicher tun, zudem ja 0,0% Risiko besteht, dass dadurch die MEDL auch nur weniger Reingewinne machen würde als etwa im Jahr zuvor!

Im Hauptausschuss erklärte der Kämmerer knapp, dass die MEDL nur im Mittelfeld der NRW-Gaspreise liege, eine Begrenzung bzw. das beantragte Moratorium deshalb auch nicht angebracht sei und die gewählten „Volksvertreter“ von SPD, CDU, Grünen und FDP gaben sich damit zufrieden und stimmten wortlos gegen den Antrag. Im Finanzausschuss das gleiche Spiel und im Rat stimmten sie gar den Punkt kommentarlos „einfach“ von der Tagesordnung. MEDL-Chef Bachmann zeigte etwas mehr Sensibilität: Er empfahl den Gaskunden, sich dringend Rücklagen zu bilden, um allen Wolken zu fallen!

Glück-



wunsch:

Das Bürgerbegehren "Mülheim gehört" Unterschriften zusammenbekommen. Nur Februar gegen den weiteren Ausverkauf

uns!" hat weit mehr als die notwendigen sollten möglichst viele Mülheimer am 27. der kommunalen Daseinsvorsorge stimmen!

?????? "SPD und CDU gegen das Chaos" ???????

so die WAZ-Überschrift zur Beschreibung der (nicht mehr so großen) Großen Koalition von SPD und CDU in Mülheim, die sich aber nicht so nennen will. Resultate des letzten Jahrzehnts mit

Nur-Rot, Schwarz-Grün, Rot-Schwarz und Rot-Gelb in Mülheim sind u.a.:

- ein Haushaltsdebakel sondergleichen mit explosionsartig steigenden jährlichen Fehlbeträgen, die inzwischen auch bei größten Anstrengungen auch in 10 Jahren nicht mehr ausgeglichen werden können,
- eine Verkehrsplanung speziell zur Innenstadt als Negativbeispiel und beispielloser Anhäufung von Gutachten, Wettbewerben und Beschlüssen für den Papierkorb, eine Stadtplanung, die den Namen nicht verdient, weil nicht mehr erkennbar,
- Dilettantismus als Prinzip, von U-Bahn-Tunnel unter der Ruhr für nur 1 Haltestelle über den Linksabbieger zur Schlossbrücke, über Klöttchen, Allkauf-(heute Real)kreuzung, Heifeskamp + Mellinghofer Str., die MEG-Verträge, das Endlosthema Flughafen und, und, und bis hin zum Torso Fahrrad-Fußweg in Speldorf (seitenlang könnte die Aufzählung ergänzt werden!),
- ein Ausverkauf der Grunddaseinsvorsorge (Stromnetz, Gas, Wasser, Abwasser, Müll und Straßenreinigung) ausschließlich an das RWE und immer in unsauberen Verfahren sowie unter Preis.
- Filz-, Vettern-, Günstlingswirtschaft in ungekannten Dimensionen mit italienisch anmutenden Auswüchsen.

**Doch das Chaos, das sie selbst erzeugten,
wird gegen SPD und CDU sein und kaum umgekehrt!**

Einkaufszentrum Uhlenhorst und Nekes-Sammlung nach Zollverein? Possenserie im Kulturschlusslicht Mülheim?

Zwischen Schnapsideen und Provinzialismus? Ist Mülheim wirklich reif für die Kulturhauptstadt Europa?

Reiten, shoppen, Streichelzoo, Golf, klettern, bunte Läden: Etwa wie „Centro und Ikea“, so die WAZ-Überschrift im heutigen Regionalteil, plex der ev. Akademie soll ein Spaßfaktor einziehen.“

50 Jahre lang beherbergte das Bisher Kommerzienrat und Stinnes-Sippe, Dr. Küchen) im sche Akademie. In dem jetzt ein Einkaufszentrum mit den und Outdoor entstehen. So je-Investor verkünden, dessen noch



„in den denkmalgeschützten Komplex der ev. Akademie soll ein Einkaufszentrum mit großem

„Haus Küchen“ (von dem preu-Generaldirektor aus der Uhlenhorstwald die Evangelidenkmalgeschützten Komplex soll Schwerpunkten Golf-/Reitsport denfalls läßt es ein unbekannter ungegründete Fa. Equito ange-

lich 4 Mio. an die Kirche zahlte und der angeblich 15 Mio. Euro investieren will, um sich im Uhlenhorstwald "einen Traum zu erfüllen" (Zitat WAZ).

Wie bitte: Ein Einkaufszentrum im Uhlenhorst? Vielleicht soll dann demnächst aus der anderen leerstehenden hist. Villa, dem Streithof, ein Freudenhaus werden mit Spaßfaktor XXL?

Klätlich versagt hatten Verwaltung und Politik bereits in 2000, als sie bei der leerstehenden Thyssen-Villa dem Investor nachgaben und Luxuswohnbebauung im Wald erlaubten, die aber bis heute nur schleppend vermarktbar ist.

Die MBI erneuern ihre Forderung aus 2000, das „Tal der Könige“, die Villen der Stahlbarone im Uhlenhorst, als Mülheims wichtigen Beitrag endlich in die Route der Industriekultur einzubringen und z.B. im Rahmen der Kulturhauptstadt 2010 ein gangbares und sinnvolles Konzept erarbeiten zu lassen, anstatt von Schnapsidee zu Schnapsidee bei der Genehmigung in die Bredouille zu kommen!

Die in 2000 leichtfertig vertane Chance mit der Thyssen-Villa reicht!

vgl. <http://www.mbi-mh.de/Gremienarbeit/Ausschusse/Planung/Denkmal/Thyssen-Villa1/thyssen-villa1.html>



Bereits 1 Tag nach dem WAZ-Bericht wurde der "Investor" als Betrüger verhaftet!

Kulturhauptstadt Europas 2010 mit Mülheim inmitten?

Minister Vesper in der WAZ vom 8.Dez. dazu: „Ein Ballungsraum mit fast fünfeinhalb Millionen Einwohnern als Bewerber ist schon etwas Besonderes, auch das Motto „Kultur durch Wandel - Wandel durch Kultur“. Die Industriedenkmäler als Spielstätten - „spannende, einzigartige Orte!“ - sind etwas ganz Besonderes.“

Auch den „Schmelztiegel Ruhrgebiet“ sieht Vesper als Vorteil.

Und was bisher nicht wirklich gut ist, soll es doch werden. Vesper hat da eine Überraschung parat; er bedauert, sagt er, dass es nicht gelungen sei, Werner Nekes und die Stadt Mülheim zusammen zu bringen, er versuche aber, Nekes' Mediensammlung in NRW zu halten - „und ich finde, Zollverein wäre ein guter Ort dafür.“

Prima, denkt sich der Schmelztiegelaner: 2 Filmmuseen in unmittelbarer Nähe und die Uhlenhorstdenkmäler bei Kultur außen vor? Jedenfalls schwadronierten sog. wichtige Mülheimer/innen am Sonntag im Theater an der Ruhr über die Riesenchancen der Bewerbung zur Kulturhauptstadt und hofften auf neue Fördertöpfe, vom „Tal der Könige“ (s.o.) oder von der peinlichen Geschichte zum Filmmuseum in der Camera Obscura sprach aber keine/r, vgl. auch „Raus aus Mülheim“ - Der Ankauf der Sammlung von Werner Nekes ist gescheitert; die Stadt will sich mit Imitaten behelfen.“ in der Süddeutschen am letzten Samstag, nachzulesen unter http://www.mbi-mh.de/stadt_verstoestst_kuenstler_Nekes.pdf

und in der FAZ (Frankfurter Allgemeine) vom 8.Dezember 2004: "Wie sich die Stadt Mülheim die Sammlung Nekes entgehen liess". Darin resümiert die FAZ am Schluss: "..... zeigt das Revier einmal mehr, wie provinziell und unkoordiniert seine Kulturpolitik noch immer ausgelegt ist. Die Bewerbung um die europ. Kulturhauptstadt 2010 wird sich die Region, wenn es so weitergeht, bald abschminken können."



Mülheim pleite, pleiterer und pleitestens!

MBI fordern: **"Ruhrstadt statt Ruhrbania!"**

Ende November schrieb die kommunale Aufsichtsbehörde, sprich Regierungspräsident Büssow, dass auch der Mülheimer Haushalt 2004 nicht genehmigungsfähig sei, also weiter Nothaushaltsrecht gelte. Schon der Doppelhaushalt 1998/99 noch unter Predeik wurde nicht genehmigt, obwohl der von „kreativer Buchführung“ gesprochen hatte und Schwarz-Grün das unverantwortlich dennoch absegnete. Der RP konnte das damals nicht genehmigen, u.a. weil zur Deckung aller Haushaltslöcher die Einnahmequelle „Grundstücksverkäufe“ mit 23 Mio DM eingesetzt wurde und zack schien der Haushalt ausgeglichen. Welche Grundstücke aber gemeint waren, blieb ein Geheimnis. **Seither war kein Haushalt mehr genehmigungsfähig, weder unter OB Baganz (CDU), noch unter OB Mühlenfeld (SPD).** 2004 beträgt das Haushaltloch 90 Mio Euro, also 180 Mio DM (im Vergleich zu 23 Mio 1999!), und das obwohl in der Zwischenzeit unser wichtigstes Tafelsilber (RWW-Anteile, Müll+Straßenreinigung, Abwasser und z.T. RWE-Aktien) verkauft wurde. Der sehr deutliche und verheerende aktuelle RP-Brief macht klar, dass die „kreative Buchführung“ sich anscheinend verselbständigt hat. Auch die Aufsichtsbehörde durchschaut nichts mehr, vgl. Zitat auf S. 6:

„Durch den unterschiedlichen Aufbau der vorgelegten Prioritätenlisten war es auch nach den ergänzenden Erläuterungen Ihrer Stadt nicht ohne weiteres möglich, die sich daraus ergebenden Kreditbelastungen im Gesamten zu ermitteln und mit der Linie einer noch vertretbaren Kreditaufnahme für sogenannte unrentierliche Eigenanteile nach den gleichen Maßstäben, wie sie im Innenministerium für alle NRW-Gemeinden im Nothaushaltsrecht angewendet werden, abzugleichen.“

Nach 7 Jahren nicht genehmigungsfähigem Haushalt und vorläufiger Haushaltsführung ist auch der Mülheimer Etatentwurf für 2005, in der Ratsitzung am 2. Dez. vorgestellt, ein Offenbarungseid in reinsten Form! Hilfe aus Düsseldorf, Berlin oder Brüssel ist kaum zu erwarten. Schönfärberei und unbezahlbare, windige sog. Leuchtturmprojekte können und werden die Riesenkrise nur vergrößern. Deshalb: die Zeit ist überreif für **„Ruhrstadt statt Ruhrbania“** Der Alltag der meisten Menschen im Revier bewegt sich real schon längst in der Ruhrstadt, die Politik noch nicht! Die jährlichen Fehlbeträge von bereits hiobsartigen 90 Mio Euro aus 2004 (bei nur knapp über 300 Mio Einnahmen!) werden sich in den kommenden Jahren noch deutlich erhöhen, zumindest wenn Einsparungen wie von OB Mühlenfeld und Kämmerer Bultmann vorgetragen im wesentlichen durch ÖPNV-Kürzungen und Personalreduzierung geschehen soll, während die **Ausgaben für Ruhrbania** mit all seinen unbezahlbaren Einzelplänen (Ruhrpromenade, Rathausteilabriss, Medienhaus, Anmietung Möbel-Nohlen und SWB-Turm, Kongresszentrum mit Hotel an der Stadthalle, maritime Meile im Hafen, sündhaft teures Gründerzentrum, Büroпарк Flughafen uswuf.) **weitergehen sollen!** Es ist fast unglaublich, dass der Rat nur 1 Stunde nach Einbringung des Katastrophenetats Medienhaus und Anmietung von ex-Möbel-Nohlen auf 25 Jahre beschloß! Damit es nicht so auffällt, nichtöffentlich, obwohl weder der Beschluss für ein öffentliches Ausschreibungsverfahren, noch die geplante Verdrängung des Bürgeramts in neue Gebäude öffentlich sein dürfen! Ankauf Grundstücke im Hafen, Anmietung SWB-Turm auf 25 Jahre,

Anmietung ex-Möbel-Nohlen auf 25 Jahre, Ausfallrisiko Gründerzentrum Siemens-Gebäude auf Jahrzehnte, Vertrag Naturbadbau in Styrum als ungewisses Abenteuer uswuf - Beispiele nur der letzten Monate. Steuer- und Gebührenzahlern wird schwindelig!!! Mit Millionenaufwand, aber ohne Geld, Fakten zu schaffen wird der RP nicht weiter zulassen dürfen! Die Realitätsresistenz von OB + SPD + CDU **„gegen das (selbsterzeugte) Chaos“ hat etwas Unwirkliches!**

Forderungen der MBI

für eine ernstgemeinte Haushaltssanierung :

1. **Sicherung des Bestandes statt Neubauten und windiger Ideen** in der Hoffnung auf Fördergelder aus leeren Landes- und Bundestöpfen oder, oder!
2. Konsequenter und **sofortiger Beginn interkommunaler Durchleuchtung aller Bereiche, um über Kooperationen, Zusammenlegung** usw. den besonderen Nachteil des Ruhrgebiets - zerstörerische Konkurrenz der Kirchtürme - jetzt anzugehen.
3. Einstieg in einen ernsthaften und **auch für die Bürger transparenten Haushaltsentwurf**, der nicht nur Zeit gewinnen will. **Haushaltssanierung muss wirklich gewollt sein** und das ist im vorliegenden Entwurf nicht einmal versucht!
4. **Schlendrian und Filz müssen endlich angegangen werden.** Eine ernsthafte Haushaltssanierung ist ohne das nicht möglich!
5. **Haushaltssanierung muss auch glaubwürdig sein**, d.h. z.B. im Personalbereich die **Einsparung von oben nach unten** und nach Gesichtspunkten der Notwendigkeit für die Bürger, aber nicht die Beschränkung von Dienstleistungen im Rasenmäherprinzip. Es gibt keine Alternative dazu, **Dezernenten- und Amtsleiterstellen deutlich zu reduzieren** und immer dann abzuschaffen, wenn sich die Möglichkeit bietet. Dies fordern die MBI seit Jahren.

Die innere Logik des Mülheimer Haushalts

